

Finanzbasis (Steuererhöhungen) ebenso wie durch einige kompromisshafte sozialpolitische Schritte (etwa beim Mindestlohn). Aber mit dem Zurückdrängen des Wirtschaftsflügels der Union öffnete sie der alten Lobbypartei FDP den Weg zu einem unverfänglichen Image. Während die stets lavierende Kanzlerin es – speziell bei den Jungen – nicht geschafft hat, den Amtsbonus so zu nutzen, dass Respekt vor ihrer Führungsleistung entstanden wäre. Das kann, je nach Stimmung, 2009 noch einmal über die Hürde helfen, aber lange tragen wird diese Profillosigkeit nicht.

Die strategische Falle

Da stellt sich nun die Frage, welchen Diskurs eigentlich führen muss, wer eine schwarz-gelbe Mehrheit im Bund noch verhindern will. Die strategische Falle ist offenkundig, koalitionspolitisch wie inhaltlich. Via Hessen ist die schwarz-gelbe Option zumindest im Westen derart dominant geworden, dass dort das Werben um die FDP als potenziellen Partner in einer Ampel immer unrealistischer wird. Gleich-

zeitig führt der softsozialdemokratische Kurs der Kanzlerin CDU-intern zunehmend zu Nervosität. Was es für die SPD aber noch nicht automatisch leicht macht, eine klare, unüberhörbare Abgrenzungsbotschaft zur Merkel-Union zu entwickeln.

Dass Roland Koch in Hessen bei der nächsten Wahl erneut Spitzenkandidat ist, darf als äußerst unwahrscheinlich gelten. Hinter ihm ist die hessische CDU personell nicht mehr sonderlich stark besetzt. Das lässt für Hessen schon mittelfristig wieder viele Wege offen. Zunächst aber muss die SPD konsequent ihren Politikstil renovieren. Da wird es nun sehr existenziell darum gehen, ob sie in der Generation der heute 40-Jährigen die personelle und programatische Kraft findet, die nötig ist, um attraktiv zu sein. Um wieder Zukunft zu verkörpern: Das ist es, was der SPD bundesweit am meisten fehlt. Ihre innere Verfassung: In Hessen wurde sie im Scheitern exemplarisch transparent. So gesehen ist im traditionellen Vorreiterland durch die sozialdemokratische Fehlerkette von 2008/09 wieder einmal ein Großtrend weit über Hessen hinaus nur besonders einschlägig bewusst geworden.

Thomas Meyer

Kuba, ach Kuba. 50 Jahre Revolution

Thomas Meyer

(* 1943) ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Soeben im VS Verlag erschienen: *Was ist Demokratie?*

thomas.meyer@fes.de



Kaum, dass er das Land betreten hatte und die medial so vertrauten Bilder zwischen frisch restaurierter tropischer Kolonialpracht und Verfall im fortgeschrittensten

Stadium nun mit eigenen Augen gesehen und doch eben wie die Erinnerung an etwas alt Vertrautes wahrgenommen hatte, folgte der zynische Scherz eines Landeskenners.

Die einzig realistische Lösung der überbordenden Probleme sei eben doch, das Ganze zum Museum zu erklären und die Bevölkerung von den Eintrittspreisen anständig zu ernähren. Es könnte zwar sein, dass es einigen dann, jedenfalls was die Einkommen betrifft, besser ginge als jetzt. Etwa 20,- bis 25,- Euro monatlich,

aus der Landeswährung umgerechnet, befragen diese im Durchschnitt und für die allermeisten wegen der geringen Spreizung auch persönlich. Nicht zu gering zu veranschlagen sind da freilich noch das gute, Chancen ausgleichende Bildungssystem und das Gesundheitswesen mit seinem legendären Ruf.

Aber da beginnen auch schon die Probleme mit einer Realität, die im Einzelnen nicht leicht zu enträtseln ist. Familienärzte, Polikliniken und Krankenhäuser seien überall leicht zu erreichen und für jeden Kubaner als Bürgerrecht frei zugänglich. Auf die Frage, wie man sich dies konkret vorstellen müsse, da doch bei so vielen Menschen und freiem Zugang in der Regel ein großer Andrang zu vermuten sei, kommt die Antwort, jeder Kubaner habe ja irgendwie einen Arzt in der engeren oder weiteren Familie, der regele das dann schon zur rechten Zeit. Und wer dann doch keinen hat? Stutzig erst recht macht die Erläuterung, wer einen besonderen Arzt wünsche, müsse natürlich in die Tasche greifen. Wer hätte es anders erwartet? Und in welche Tasche bei *den* Einkommen im Lande? Auch die Ärzte sind – zunächst – Bezieher von Niedrigsteinkommen, sitzen aber eben, im Unterschied zu den meisten anderen, an einem Hebel, der Aufbesserung leicht macht. Nichts anderes ist zu erwarten.

Der seit fünfzig Jahren von der Führung, bis vor kurzem von der Legende Fidel persönlich ohne Pause bemühte, von oben nach unten entfachte Revolutionsidealismus, dürfte schon in der nächsten sozialen Etage darunter, erst recht in der Breite der Gesellschaft längst nicht mehr verfangen. Aufgrund der fortwährenden Misere wohl auch ganz unabhängig davon, wie viel Wahrheit denn doch in den offiziellen Begründungen steckt, das amerikanische Embargo habe der Insel Wohlstandsressourcen in der Größenordnung von 80 Milliarden Dollar entzogen, sie könnte sonst ein Paradies sein.

Offenkundige Systemfehler

Zu offensichtlich sind ja für jeden Kubaner, wenn er um sich blickt, die Versäumnisse, die den eingeborenen Fehlern des Systems selber entspringen, und zwar besonders solchen, die mit den Schwierigkeiten der politischen Selbstbehauptung des Landes gegen die unmittelbar benachbarte Übermacht rein gar nichts zu tun haben. So liegen, um das eklatanteste Beispiel zu nennen, rund 60 % der gesamten Agrarfläche der Insel brach, während gleichzeitig Importe auch elementarer Lebensmittel zum Überleben notwendig sind, die ohne Weiteres im Land selber hergestellt werden könnten, wenn die gravierenden Systemblockaden es nicht verhinderten. Warum nur, so fragt der Besucher ungläubig, gibt die Regierung nicht einfach das brachliegende Land frei für private Initiativen kleinerer oder mittlerer Bauern und gewährt die bescheidenen Kredite, die die Initialzündung auslösen könnten? So wie mit durchschlagendem Erfolg im China der 80er Jahre. Es ist dann die alte Antwort, die wir immer schon kannten, seit kommunistische Parteien Gelegenheit hatten, Volkswirtschaften nach den Regeln ihrer Doktrin zu strangulieren.

Auf der einen Seite die Furcht, jeder Spielraum für private Initiative und die mit ihr verbundenen Ungleichheiten könnte die Legitimation wie ein Kartenhaus zum Einsturz bringen, auf der die Herrschaft der Partei allein beruht. Auf der anderen Seite der Wille und die Macht kleiner Zirkel von Spitzenbürokraten, die wissen, dass ihnen Zugriff, Existenzsicherheit und Pfründe entgleiten, wenn sich gesellschaftliche Handlungsbereiche ihrer verordneten Fürsorge entziehen. Das Zusammenwirken beider Elemente erzeugt einen festen Klebstoff, der auch kleinste Schritte der fälligen Veränderung unendlich mühsam macht. So müssen denn in großem Maß-

stab die wertvollen Devisen eingesetzt werden, damit eine Bevölkerung ernährt werden kann, die dazu ohne Weiteres selbst in der Lage wäre, wenn sie nur dürfte. Immerhin, so sagen die Auguren, die Führung arbeitet an der überfälligen Reform. Was fehlt, ist ein kubanischer Deng Xiaoping – oder sollte sich etwa Fidelbruder Raul alsbald als ein solcher entpuppen?

Der Tourismus freilich boomt. Denn das Land und der Mythos Havanna zumal sind wahrlich eine Reise wert und in manche Partien könnte man sich glatt verlieben und immer, immer wieder kommen. Pracht und architektonische Schönheit aus Zeiten des ungleichen Reichtums der vorrevolutionären Zeit sind trotz der Jahrzehnte ungebremsen Verfalls überwiegend restaurierbar. Viele gelungene Beispiele zeigen dies.

Macht muss nicht lernen

Für den, der scheinbar vergleichbare Länder wie Vietnam oder China kennt, ist auffällig, in welchem Maße sich der Machtvoluntarismus der engsten Führungsgruppe auch von Wissen und Rat derjenigen Spitzenwissenschaftler des Landes abkoppelt, deren Loyalität zur Partei und Staatsführung außer Frage steht. Ihr Rat, so erfährt man, ist nicht gefragt. Der Stolz der Machtspitzen, unter so gänzlich unwahrscheinlichen Bedingungen ein halbes Jahrhundert dennoch überlebt zu haben, wie kläglich auch immer, scheint die Tendenz zu nähren, dies sei der Beweis, dass man allein gegen den Rest der Welt alles am Besten wüsste. Die Erfahrungen anderer werden gering geschätzt und Karl Deutschs Aphorismus, Macht sei die Chance, nichts

lernen zu müssen, wird von dieser Führung glänzend bestätigt. Jedenfalls bislang. Gut möglich, dass sich das unter der Führung Raul Castros bald ändert, zumal dann, wenn der neue amerikanische Präsident dazu ein wenig die Hand reicht. Beides ist offen.

Nicht zweifelhaft aber ist, dass die alte Kalte-Kriegs-Parole »zuerst Systemwandel, dann Kooperation«, letztlich leider selbst von der EU reaktiviert, auch im Falle Kubas neben der internen Selbstbefriedigung ihrer Verfechter nicht Öffnung, sondern Schließung bewirkt und für die autoritäre Landesführung zusätzliche Legitimation schafft. Ein kubanischer Kritiker, der die Geschichte Europas kennt, meinte schmunzelnd, »Wandel durch Ernährung«, das allein könne dem Lande helfen, alles andere nur schaden. Solche politische Klugheit im Lande ist das, was hoffen lässt.

Denn andererseits ist von Kennern zu hören, die Bevölkerung sei so erschöpft, dass sie nach dem erstbesten Strohhalme griffe, wenn sie nur könnte und auch den rohesten Kapitalismus im Handumdrehen mit Freuden ins Land ließe, sobald der feste Griff sich ein wenig lockerte. Die meisten glauben, schon wegen der systembedingt schlechten Informationssituation, ein solcher Wechsel würde ihnen zusätzlich zu dem wenigen Guten, das sie haben, Gesundheitsversorgung, Bildung und Grundeinkommen, die Segnungen des Kapitalismus verschaffen, ohne dass sie einen Preis dafür zahlen müssen.

Schon Demokratien können nicht lange vom überlegenen Ethos ihrer Institutionen leben, wenn sie nicht liefern, was die Menschen zum Leben brauchen. Wieviel mehr gilt das für autoritäre Regierungen, die sich nicht einmal darauf herausreden können, ja nur zu tun, was die Leute selber ihnen schließlich aufgetragen hätten. Die vermutliche Bereitschaft der Menschen, es nun einmal mit dem Gegenteil des Gehabten zu probieren, kann den Herrschenden in Havanna nicht entgangen sein. Wahr-

scheinlich nährt dieses Wissen ihre Unlust zu lockern und zu öffnen, um das Leben der Menschen wenigstens etwas zu verbessern.

Ein chinesischer Weg?

Nun reden viele vom »Chinesischen Weg«. Ein Autoritarismus, der Raum für Märkte und für Wohlstand schafft, ohne sich selbst zur Disposition zu stellen, dabei aber kleine, mitunter auch größere Spielräume für Diskussionen und abweichende Meinungen, für zivilgesellschaftliche Selbstbetätigung und Wissenschaft und vor allem auch für eine Öffnung des Landes nach Draußen schafft und der vom Rest der Welt zu lernen beginnt. Immerhin, ein naheliegendes Erfolgsbeispiel, das auf die Parteiführung nicht ganz ohne Eindruck bleiben kann. Warum sollte sie nicht versuchen, die ersten Schritte auf diesem Wege zu gehen? Die Einwände kommen schnell, wenn der Gedanke geäußert wird. Auf drei von ihnen trifft man bei allen Gesprächspartnern. Da ist zuerst die Lage des Landes. Die Einflussmöglichkeiten des übermächtigen Nachbarn mit seinen immer auf dem Sprung befindlichen Hunderttausenden von Exilkubanern kaum mehr als hundert Kilometer von der Insel entfernt, das schafft ganz andere Bedingungen. Und außerdem sei die Mentalität der Kubaner mit der konfuzianischen Mischung aus Disziplin und Leistungsbereitschaft nicht zu vergleichen, die China voranbringt. Im Übrigen aber habe die kubanische Gesellschaft seit langem schon das Vertrauen in die Lernfähigkeit ihrer Führung verloren. Während es den Chinesen materiell und in der Freiheit der persönlichen Lebensführung unter der Führung, die sie haben, immer besser ging, haben die Kubaner nichts als Stagnation kennengelernt. Das Vertrauen, dass es doch noch besser werden könnte, sei dahin.

Es ist erstaunlich, wie lange sich ein Regime im Sattel halten kann, das letztlich für nicht viel mehr als Überleben und Stagnation steht. Lange ist aber nicht immer. Welchen Weg die kubanische Führung in der »Nach-Fidel-Ära« wählen wird, ist ungewiss. Sicher aber ist, dass jeder Versuch von außen mit der Parole »Regime-

wechsel zuerst« auf die Entwicklung des Landes Einfluss zu nehmen, den Wandel erschweren wird. Soviel zumindest könnten wir Europäer und könnten vor allem die Akteure der EU aus der europäischen Nachkriegsgeschichte gelernt haben. Der Wandel kommt aus der Kooperation und nicht die Kooperation aus dem Wandel.

Analyse:

Ernst Hillebrand

Le mariage de raison

Das deutsch-französische Verhältnis auf dem Prüfstand

Die deutsch-französischen Beziehungen stehen, so heißt es allenthalben, nicht zum Besten. Merkel und Sarkozy verstehen sich nicht. Die Streitpunkte zwischen den Ländern nehmen zu, gerade auch im wirtschaftlichen Bereich. Die französische EU-Ratspräsidentschaft hat dem deutsch-französischen Verhältnis eher geschadet als genützt: Sarko nervt.

Ernst Hillebrand

(* 1959) ist Leiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ernst.Hillebrand@fesparis.org



Vieles an dem angeblichen deutsch-französischen Zerwürfnis scheint medial aufgebläht und überinterpretiert. Dennoch steckt darin ein wahrer Kern. Dieser hat aber weniger mit dem Temperament Sarkozys und der Kanzlerin zu tun und auch nicht mit dem Management der EU-Ratspräsidentschaft. Schön wäre es, wenn es so einfach wäre. Denn die Basis der deutsch-französischen Beziehungen ist nach wie vor grundsolide. Die politischen, wirtschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und kulturellen Verbindungen verknüpfen sich zu einem weltweit einzigartigen System

von zwischenstaatlichen und -gesellschaftlichen *thick relations*. Dieses System vermag weit heftigere Erschütterungen abzufedern als eine charakterliche Unverträglichkeit des jeweiligen politischen Spitzenpersonals.

Erkennbare Etappenziele fehlen

Nein, die Abkühlung zwischen Paris und Berlin hat andere Gründe. Nicht die Gegenwart ist das Problem, sondern die Zukunft: Weder für die Fortentwicklung der bilateralen Beziehungen noch für die Europas gibt es so etwas wie eine beiderseits des Rheins geteilte Vision. Beginnen wir mit dem Bilateralen: Die deutsch-französischen Beziehungen sind dicht und solide, die Verknüpfung einzigartig, die Fülle der Institutionen – von den Städtepartnerschaften über das Jugendwerk und die deutsch-französische Universität bis zu